
Antrag

der AfD-Fraktion

Berlin bleibt Sportmetropole – Schließung von Schwimmbädern verhindern!

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, die Forderungen der Deutschen Schwimmjugend, der Bäderallianz Deutschland sowie des Deutschen Olympischen Sportbundes nach einer differenzierten Betrachtung der Sportstätten-situation in der aktuellen Energiekrise umzusetzen, um eine Schließung von Schwimmbädern zu verhindern.

Begründung

Aufgrund der aktuellen Energiekrise hat Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck am 23.06.2022 die zweite Stufe („Alarmstufe“) des Notfallplan Gas ausgerufen.¹ Der Notfallplan Gas für die Bundesrepublik Deutschland ist ein Maßnahmenkatalog, der die Gasversorgung im Land in einer Krisensituation regelt. Wenn es in den kommenden Monaten zu einer weiteren Verschlechterung der Versorgungslage kommt, wird der Bundeswirtschaftsminister die dritte Stufe des Notfallplans ausrufen.

Die Berliner Schwimmbäder müssten dann schließen. Bereits im Mai 2022 hat der Präsident der Bundesnetzagentur Klaus Müller angekündigt, dass im Fall einer Gasmangellage Schwimmbäder zuerst geschlossen werden müssten.² Für viele Berliner Schwimmvereine würde eine erneute Schließung das Ende ihrer Vereinstätigkeit bedeuten. Bereits in der

¹ [Notfallplan Gas: Habeck ruft Alarmstufe aus | tagesschau.de](https://www.tagesschau.de/news/wirtschaft/2022-06-23-notfallplan-gas-habeck-ruft-alarmstufe-aus-101.html)

² [Gas-Notfallplan: Bäder würden als erstes abgeschaltet | tagesschau.de](https://www.tagesschau.de/news/wirtschaft/2022-05-11-gas-notfallplan-baeder-wuerden-als-erstes-abgeschaltet-101.html)

Coronakrise habe viele Berliner ihre Mitgliedschaft in einem der über 2.500 Berliner Sportvereine gekündigt. Es steht zu befürchten, dass die gegenwärtige Energiekrise viele Sportvereine endgültig in die Insolvenz führen wird.

Schwimmbäder - wir sprechen hier explizit nicht von sogenannten „Spaßbädern“! - sind jedoch nicht nur Orte des Vereinslebens, sie sind vor allem Orte der Pflichtaufgabe der Schulen sowie der (Aus-)Bildung zum Erlernen der Schwimm- und Rettungsfähigkeit. Schon in den durch die Corona-Pandemie ausgelösten Lockdowns waren Schwimmbäder die Sportstätten, die als erstes und am längsten geschlossen waren, was zu immensen Problemen insbesondere in der Schwimmausbildung von Kindern geführt hat. Eine erneute umfassende Schließung würde die katastrophale Situation der Schwimmfähigkeit von Kindern und Jugendlichen in Deutschland erneut verschärfen. Bereits 2017 hat eine Studie gezeigt, dass ca. 60% der Zehnjährigen keine sicheren Schwimmer sind. Nach 3 Jahren Corona-Pandemie mit dem Ausfall von zahlreichen Stunden im Schwimmunterricht sowie kompletter Schwimmkurse ist davon auszugehen, dass die Zahl noch deutlich gestiegen ist.

Das Abgeordnetenhaus von Berlin schließt sich daher den Forderungen der Deutschen Schwimmjugend im Deutschen Schwimmverband³, der Bäderallianz Deutschland⁴ sowie des Deutschen Olympischen Sportbundes⁵ nach einer differenzierten Betrachtung der Sportstätten-situation in der sich abzeichnenden Energiekrise an. Es muss das Ziel sein, mit fachlich fundierten Lösungsmöglichkeiten und anhand einer konzeptionellen Priorisierung die Wasserflächen, insbesondere für den Schul- und Vereinssport als Pflichtaufgabe der Kommunen, möglichst lange aufrecht zu erhalten.

Dazu hat die Bäderallianz Deutschland als Zusammenschluss aller relevanten Interessensträger der deutschen Bäder einen fachlich fundierten Stufenplan erarbeitet. Dieser leistet einen notwendigen Beitrag der Bäder im Falle des Notfallplanes Gas Stufe 3 und stellt eine Alternative zu den von der Bundesregierung geforderten vollständigen Schließungen sowie den aktuellen Temperatursenkungen in den Schwimmbädern dar. Diese schränken die Nutzungsmöglichkeiten für einige Nutzergruppen (z. B. Säuglings- und Kleinkinderschwimmen, Rehasport etc.) bereits jetzt deutlich ein, ohne einen signifikanten Beitrag zur Wärmemengenreduktion und damit zur Senkung des Gasverbrauchs zu leisten.

Dieser Vorschlag zur Angebotsreduzierung orientiert sich am möglichen Beitrag zur Energie-reduktion und beinhaltet drei Stufen:

Stufe 1: Abschaltung hochtemperierter Außenbecken

Stufe 2: Außerbetriebnahme aller freizeitauffinen Becken in den Hallenbädern

Stufe 3: Absenkung der Wassertemperatur in den verbleibenden Becken auf maximal 26°C

Mit diesen Maßnahmen könnten die Berliner Bäderbetriebe einen Beitrag zur Reduktion der Energie- und Gasverbräuche leisten und gleichzeitig die Aufrechterhaltung der sozialen, gesundheitsfördernden und damit gesamtgesellschaftlich relevanten Funktionen der Bäder ermöglichen. Die Berliner Schwimmvereine könnten weiterhin ihr Vereinsleben aufrechterhalten und ihren wichtigen Beitrag für Berlins Selbstverständnis als Sportmetropole leisten.

³ [Positionierung-DSV-Jugend.pdf \(berliner-schwimm-verband.de\)](#)

⁴ [Positionspapier-Baederallianz.pdf \(berliner-schwimm-verband.de\)](#)

⁵ [Geschäftspapier \(berliner-schwimm-verband.de\)](#)

Sollte es in den o.g. Stufen zu (Teil-) oder vollständigen Schließungen kommen, so sind diese zwingend sozial und auch im Sinne der wichtigen Aufgabe der Bäder abzufedern. Bei Schließungen steht zu befürchten, dass die Bäder mehrere Monate geschlossen bleiben. Das Personal ist zwingend durch Kurzarbeitergeld durch den Bund an die Bäder zu binden. Die Kommunen müssen diesen Lohn aufstocken, wollen sie die Arbeitskräfte gerade in Zeiten der Inflation nicht verlieren. Schon heute ist der Fachkräftemangel so gravierend, dass Bäder zeitweise oder gänzlich nicht öffnen können. Der limitierende Faktor ist meist nicht mehr die Wasserfläche, sondern das Personal. Würde man Personal durch Schließung freisetzen, würde man es nur mit großem Aufwand und nie kurzfristig wieder zurückbekommen. Die Folge wären langfristige Schließungen der so wichtigen Bäderinfrastruktur. Daher plädieren wir:

1. für einen Erhalt und - falls das nicht möglich ist - für stufenweise statt gänzliche sofortige Schließung der Bäder je nach Beitrag der Wärmemengenreduktion,
2. für eine kurzfristige und verlässliche Perspektive bei einer (Teil-)Schließung vor allem für die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen mittels Kurzarbeitergeld zu sorgen und
3. langfristig in die Bäderlandschaft zu investieren.

Berlin, den 6. Oktober 2022

Dr. Brinker
und die übrigen Mitglieder der Fraktion